Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(5.9.1974) Drucksache 8/1073

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 8 / 1073**
Landtag 05. 09. 74
8. Wahlperiode

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP

Gesamtschulen in Bremen

Wir fragen den Senat:

1.1 Aufgrund welcher Versuchskontrollen, Erfahrungsberichte oder wissenschaftlicher Strukturanalysen kommt der Senat im Entwurf des Schulgesetzes (vgl. §§ 9 und 10, S. 24) zu der Auffassung, daß die derzeitigen Gesamtschulversuche „über das Studium der Versuche hinaus sind und in ihrer grundsätzlichen Struktur schon ein Modell des zukünftigen Schulsystems darstellen"?

1.2 Folgende Einzelprobleme interessieren uns dabei besonders: Inwieweit ist es in Bremen gelungen, die erstrebte „Chancengleichheit" aller Schüler zu erreichen, bzw. inwieweit ist es gelungen, sowohl die weniger Begabten und Lernmotivierten als auch die Hochbegabten und Lernstarken ihren Entfaltungsmöglichkeiten entsprechend zu fördern?

1.3 Inwieweit ist die Kritik, die im Bundesgebiet vielfach erhoben wird, berechtigt, die Integrations- und Differenzierungsversuche in den Gesamtschulen führten im Durchschnitt zu einem Absinken des Leistungsniveaus der Schüler (vgl. u. a. Regenbrecht, Schulversuch integrierte Gesamtschule in der Krise?, Kamp 1974, S. 10 bis 13)?

1.4 Konnte durch empirische Untersuchungen widerlegt werden, daß der häufige Wechsel zwischen den Lerngruppen (Fachleistungsgruppen, Wahlpflichtfächer, Wahlfächer) für den Heranwachsenden den Aufbau fester sozialer Beziehungen in bedenklichem Grade erschwert?

2.1 Was sind die Ursachen dafür, daß eine Anzahl Lehrer die Gesamtschule verläßt und es schwieriger geworden ist, Lehrer für die Arbeit an Gesamtschulen zu gewinnen?

2.2 Ist auch in den Bremer Gesamtschulen wie an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik die Tendenz erkennbar, daß die Zielsetzung, die „soziale Integration" zu fördern, in den Dienst einer „antikapitalistischen" Erziehung zum „klassenkämpferischen Bewußtsein" im marxistischen Sinne gestellt wird?

2.3 Welche Berechnungen liegen vor über die besondere personelle, räumliche und materielle Ausstattung der integrierten Gesamtschule Sekundarstufe I im Vergleich zur Ausstattung der entsprechenden Schulstufen im vertikalen Schulsystem?

3. Abgesehen von der bemerkenswerten Tatsache, daß die Bremer Gesamtschulversuche noch nicht einmal alle Jahrgänge der Sekundarstufe I umfassen, fragen wir den Senat, inwieweit folgende Voraussetzungen an den Gesamtschulen West und Ost erfüllt sind:

3.1 Bis zu welchem Grade liegen erprobte Strukturen der Differenzierungsformen fest?

3.2 Bis zu welchen Jahrgängen liegen ausgearbeitete Lehrpläne vor, die der Integration und der äußeren oder inneren Differenzierung in Lerngruppen gerecht werden?

3.3 Wie oft sind diese Lehrpläne oder Unterrichtseinheiten erprobt worden und mit welchem Erfolg?

3.4 Wieweit wird bei der Erstellung der Lehrpläne berücksichtigt, daß die Lerninhalte der Bremer Gesamtschulen sich nicht zu weitgehend von denen des bestehenden Schulsystems unterscheiden, damit die Schüler ohne größere Schwierigkeiten den Anschluß an die bestehenden weiterführenden Schulen und die Berufsausbildung finden?

3.5 Welche Lerninhalte und Differenzierungsformen sind im 9. und 10. Schuljahr vorgesehen, die es den Schülern ermöglichen, eine sorgsam begründete Entscheidung zu treffen, ob sie einen studienbezogenen oder berufsbezogenen Bildungsgang nach Abschluß der Sekundarstufe I wählen sollen und welche Fachschwerpunkte bzw. Berufsfelder?

3.6 Liegen die Inhalte und Formen der unterschiedlichen Stufenabschlüsse, die den weiteren Bildungsgang und Ausbildungsweg der Jugendlichen auf Sekundarstufe II erschließen, schon fest?

4.1 Welche Stellung bezieht der Senat zu den Empfehlungen des Bildungsrates (vgl. „Zur Neuordnung der Sekundarstufe II", Februar 1974), die nicht die „integrierte Gesamtschule" beinhalten, sondern ein „Verbundsystem", das als ein Institut der „Kooperation" der vier Lernorte „Schule", „Betrieb", „Lehrwerkstatt", „Studio" (vgl. S. 20) zu verstehen ist und in sich vereinigt die „Bildungsgänge" für die verschiedenen beruflichen Qualifikationen und Studienbefähigungen — „Bildungsgänge", die jeweils „eine geordnete Abfolge von Lehrveranstaltungen" (= Kurse) sind, „die zu einem Abschluß" führen (vgl. S. 14)?

4.2 Auf welche praktischen Erfahrungen mit Schulversuchen, auf welche Erfahrungsberichte, empirische Untersuchungen, wissenschaftliche Analysen und deren Ergebnisse stützt sich der Senat, wenn er im Schulgesetzentwurf für die Sekundarstufe II nicht etwa ein variables Verbundsystem, sondern die „integrierte Gesamtschule" als Regelschule der Zukunft gesetzlich festschreibt (vgl. § 7 Abschnitt 3).

4.3 Welche Folgerungen ergeben sich bei Einführung der „integrierten Gesamtschule" für die äußere Organisation der zukünftigen Sekundarstufe II —

4.4 für die innere Organisation

4.5 im curricularen Bereich (z. B. Lerninhalte, Bildungsgänge) —

4.6 im didaktischen Bereich (z. B. Lernziele) —

4.7 im methodischen Bereich (z. B. Unterrichtsformen) —

4.8 im pädagogischen Bereich (z. B. soziale Kommunikation)?

John und Fraktion der FDP

Druck: Bremer Nachrichten GmbH & Co.